

Bündnis 90/Die Grünen  
Mecklenburg-Vorpommern

## **Landesdelegiertenrat am 09. 06. 2001 in Stralsund Protokoll**

Anwesend: siehe Liste

### **1. Formalia**

*Beginn 11:10 Uhr*

**Begrüßung:** Johann-Georg Jaeger (Landesvorstand)

Begrüßung von Undine Kurth, stellt sich kurz vor als BuVo-Mitglied aus Sachsen-Anhalt, Schwerpunkt Neue Länder, Umwelt, BAG ChristInnen, BAG Mensch und Tier

#### **Präsidium:**

Vorschlag des Landesvorstandes: Johann-Georg Jaeger,  
Vorschlag des gastgebenden Kreisverbandes: Gudrun Klein-Schrader  
Das Präsidium wird bei 1 Enthaltung bestätigt.

#### **Tagesordnung:**

Antrag Ulrike Seemann-Katz (Landesvorstand): Antrag und Aktion Dosenpfand vorziehen

Antrag Jürgen Suhr (Landesvorstand): Wahlen I vor Programmentwicklung

Es gibt keine Gegenstimmen. Damit ist die Tagesordnung so bestätigt:

1. Formalia
2. Aktuelles II: Dosenpfand - **Beschluss** einer Resolution und Teilnahme an einer **Aktion** vor dem Tagungshotel
3. Aktuelles I: Auswertung der Direktwahlen von Bürgermeistern und Landräten
4. Gemeindegebietsreform

*Mittagspause*

5. Wahlen 2002 I: Strategien und Inhalte
6. Programmentwicklung
7. Wahlen 2002 II: KandidatInnenfindung, Strukturen
8. Strategie Ost
9. 10 Thesen für Mecklenburg-Vorpommern

*geplantes Ende gegen: 16:30 Uhr*

## 2. Dosenpfand

Vorstellung Ulrike Seemann-Katz:

Die Novellierung der Verpackungsverordnung wird am 22. Juni im Bundesrat zur Abstimmung kommen. Es gibt Widerstand im Bundesrat von CDU- und einigen SPD-Ländern, deshalb der grüne Appell an den Bundesrat: Schluss mit Ex und Hopp, Ökologisch geboten und ökonomisch vernünftig.

Klaus-Dieter Feige (KV PCH): Appell an den Bundesrat und Kritik an der Landesregierung, Haltung der PDS?, Prädikat „öko“ für PDS zweifelhaft

Ulrike: Umweltminister Methling (PDS) ist dafür, das Land wird der Novelle zustimmen. PDS-BT-Fraktion aber fraglich, bei der Aktion gesammelte Dosen werden an Gegner im Land übergeben (z.B. Wirtschaftsverbände)

Undine: bedankt sich für Aktion, ökologische Themen wieder mehr propagieren, sind öffentlich aus dem Blickfeld geraten, Dosenberg in Berlin geplant, eventuell welche abzuzweigen?

Christoph Kunz (KV Greifswald, Sprecher der LAG Demokratie, Innen und Recht): Stellungnahme zu Abgabemodell der Umweltverbände fehlt dem Antrag

Undine: Diskussion um Abgabe nicht neu aufnehmen, aktiv den Entwurf unterstützen

Christoph Kunz: Abgabe besseres Modell, Bedenken ernst nehmen, Signal an Umweltverbände

Ulrike: nicht in Antrag übernehmen, aber: Diskussion über Abgabe fortführen als separater Antrag

### **Antrag: Verpackungsabgabe mit Verbände mit langfristiger Perspektive diskutieren**

Klaus-Dieter Feige: „Zwangspfand“ falscher Begriff, Abgabe führt dazu, dass Müll trotzdem in der Landschaft landet, Vorschlag „Umweltpfand“

Boris Engel (KV HGW): neues Mitglied, unterstützt Antrag

Burkhard Senst (KV HGW): ökologische Lenkungswirkung des Dosenpfandes ist umstritten, Entwicklung der Müllberge wird aber aufgehalten, keine falschen Erwartungen

Johann-Georg Jaeger: pro Pfand, Gegenargumente kommen von der Verpackungsindustrie,

Marcus Krettek (KV SN): pro Pfand, aber Gefahr Öko vorzutäuschen

Burkhard Senst: mehr Aufklärung über Qualität des Getränkes nach Verpackung, z.B. wird Bier erhitzt

### **Abstimmung A1 (pro,contra,enth.) einstimmig**

Der weitere Antrag zur Abgabe wird zurückgezogen, und ist zu einem späterem Zeitpunkt zu entscheiden.

*11:40 Uhr: Unterbrechung bis 12:00 Uhr wg. Aktion Dosen gegen Eis  
Fortsetzung 12:05 Uhr*

Nachtrag zu 1. Formalia:

**Protokoll** des letzten LDR vom 24. 2. 2001 in Rostock

**Bestätigung** bei 4 Enth.

### **3. Aktuelles 1 - Auswertung Direktwahlen**

Einführung Jürgen Suhr:

bestes Ergebnis in der Stadt Ludwigslust: Wiederwahl Hans Jürgen Zimmermanns mit knapp 60 %, Landkreis Rügen/Bergen: Christoph Loewen als Einzelkandidat: 7%

Kandidaturen bringen Öffentliche Wahrnehmung, Appell: in anstehenden Wahlen kandidieren!, Greifswald: gutes Ergebnis von Thomas Maier, der aber nicht mehr Mitglied ist. Personen wichtig, Personenwahlkampf?, langer Atem, Wahlen als Chance f. Öffentlichkeit

Burkhard Senst: geringe Wahlbeteiligung, OB-Wahl mit weniger Stimmen als der Bürgerentscheid zur Tiefgarage am Greifswalder Markt, der wegen mangelnder Beteiligung nicht anerkannt wurde, Demokratiedefizit, Bus-Tour thematisieren

Horst-Dieter Witt zu Ludwigslust: überraschendes Ergebnis, Grüße von Zimmermann

Klaus-Dieter Feige: unabh. Kandidatur?, Problem Diskrepanz zwischen anerkannter Person und Parteiimage, umgekehrt bei FDP

Jürgen Suhr: nicht Beispiel der FDP verfolgen, aber Bundestrend wirkt; Verweis auf Strategiediskussion

Roswitha Schroll (KV HST): Latte für Kandidatur wird zu hoch gelegt, nicht auf Lichtgestalten warten, Leute aufbauen

Marcus Krettek: auch grüne Erfolge werden auch von uns immer Personen zugeordnet (auch Bundesebene, z.B. Fischer, Künst)

### **4. Gemeindegebietsreform**

Einführung durch Christoph Kunz

Schwerpunkt: Problematik der kreisfreien Städte, Zukunftsfähigkeit

Ulrike: Wahlergebnisse im Umland sind manchmal besser als vermutet, wegen der Zuzüge aus der Stadt, Wahlergebnisse der Grünen dürfen kein Argument für oder gegen Strukturänderungen sein, Kooperationsbereitschaft hat wirtschaftliche Gründe, sie wird nicht durch Verordnungen besser

**Änderungsantrag 1:** Nr. 5 ergänzen: „Über Eingemeindungen sollen Bürgerentscheide durchgeführt werden.“

Andreas Katz (KV Parchim, Länderrat): Unklarheit, Städte nennen, Fehler 94 benennen, Instrumente klar benennen

Karin Buhren: Städte nennen

Klaus-Dieter Feige: Konkretisierung, Strukturänderung ist wirtschaftlich nur Umverteilung, grundsätzlich Bürgerbeteiligung betonen, Kreisfreiheit aufgeben besser als Eingemeindungen

Jürgen Suhr: jede Positionierung in eine Richtung ruft heftige Reaktionen hervor

**Änderungsantrag 2:** LAG wird aufgefordert, Vorschläge für eigene Position zu entwickeln

Burkhard Senst: Antworten sind nicht einfach, Möglichkeiten nennen und mit Fachleuten diskutieren

**Änderungsantrag 3:** Grünes Forum Selbstverwaltung soll Fachtagung organisieren (Ergänzung zu 2)

Horst-Dieter Witt: „Kirche im Dorf lassen“, Strukturen dezentralisieren

Jörg Sauskat (Landesvorstand): Diskussion von Vorurteilen belastet, Tabu Kreisgrenzen, Einwohnerzahl ist ungeeignet, gegen Bürgerentscheid, gegen Freiwilligkeitsprinzip, Antrag nicht ändern, Ziele Demokratisierung und Leistungsfähigkeit

Johann-Georg Jaeger : Ortsbeiräte stärken, Regionalplanungsverbände für Kooperation nutzen (Beispiel Mittleres MV), Bürgerentscheide Gräben zwischen Eingesessenen und Siedlern

Undine: Grund nennen für Antrag: begangene Fehler, Demokratie, für Aufforderung an Gremien eigenen Antrag

*13:13 Uhr Mittagspause*

Der Vorschlag Johann-Georg Jaegers, ein Limit bis 14:15 Uhr für diesen TOP zu setzen wird akzeptiert.

Roswitha Schroll: Diskussion im KV Stralsund: nach Abarbeitung aller Bedenken Mehrheit für Aufgabe der Kreisfreiheit, von anderen Regionen lernen, Antrag so belassen

Boris Engel: Strukturreform beseitigt nicht Arbeitsmarktprobleme

Verfahrensvorschlag Johann-Georg Jaeger: vorab Beschluss, ob Resolution oder nicht

Christoph Kunz: **Übernahme des Änderungsantrages 1** von Ulrike; Konkretisierung nein (nicht Ergebnis der Debatte vorweg nehmen), Mantelkreise in einigen Fällen sinnvoll, Gespräch mit Fachkreisen suchen.

**Beschluss, ob Resolution** : mehrheitlich ja

Ulrike: **Modifikation Änderungsantrag 1**

Es wird unten angefügt:

7. Bei der Entscheidung über Strukturänderungen sind die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. (**übernommen**)

**Zusatzantrag (Zusammenfassung und Extrastellung der Änderungsanträge 2 und 3):**

LAG und Landesvorstand werden aufgefordert, eine konkrete Position zu erarbeiten. Dazu soll eine Fachtagung unter Beteiligung von Fachkreisen und bündnisgrünen KommunalvertreterInnen organisiert werden. (**übernommen**)

**Änderungsantrag 4** von Johann-Georg Jaeger: An den Punkt 4 anhängen: Die Struktur der Regionalplanungsverbände soll dabei genutzt werden.

**Abstimmung:** mehrheitlich angenommen bei 1 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen.

**Beschluss des Antrages DIR 1** Für zukunftsfähige Strukturen im Umfeld der größeren Städte in M-V: mehrheitlich angenommen bei 3 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen.

Beschluss des Zusatzantrages: mehrheitlich angenommen bei 1 Gegenstimme.

## 5. Wahlen 2002 I – Strategien und Inhalte

Einführung Jürgen Suhr:

Potentialanalyse Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des BuVo, keine spezifischen Aussagen zu Ost/West, Angebot Vorstellung in den KVen durch Landesvorstand/Grünes Forum Selbstverwaltung

Jürgen legt Folien auf

- Potentialgruppen der Grünen in Deutschland:  
66% nicht erreichbar, 7,9 vorstellbar, 17,9 2.Wahl, 4,4 sicheres Potential  
davon: 2% Kern, weitere 4,4% Bindung, aber derzeit nicht: davon
- jetzige Wahlabsicht:  
35 SPD, 14 CDU, je 3 FDP,PDS, 15% unentschl., 29% gar nicht
- Struktur: überw. weiblich, jünger
- Setzen die Grünen ihre eigenen politischen Vorstellungen durch
- Verhindern die Grünen eine einseitige Politik der SPD
- wichtigste Aufgabe der Politik
- wichtigste Probleme in Deutschland
- neue Umwelttechnologien bringen für die wirtschaftl. Entwicklung.
- Umweltkompetenz hat.
- Kompetenz zum Verbraucherschutz
- Kompetenz Ausländerpolitik
- Welche Partei setzt sich am ehesten für die Jugend ein.

Auf der Landesvorstandsklausur wurden daraus Themenschwerpunkte entwickelt

Undine: Geschichte der Studie: Grund für Geheimhaltung: kostet viel Geld, das anderen durch Veröffentlichung erspart wird und Strategien ermöglicht, Ergebnisse erst mal akzeptieren, Bestätigung der Schwerpunktsetzung durch Parteirat; wichtiges Thema für Wähler: Europa, eigene Leistungen selbst würdigen z.B. EEG, Berücksichtigung für BT-Wahlkampf-Strategie, spezielle Fragen für neue Länder wären zu teuer gewesen, Erkenntnisse zur Übertragbarkeit liegen vor, Politik für den Osten ist eine wichtige Aufgabe aus sich selbst heraus, Solidarpakt: für Verstärkung, aber auch Verbesserung der Instrumente, dazu wird Forderungskatalog erarbeitet (bis vor Sommerpause), BDK in Rostock hat symbolische Wert („Rostocker Programm“), Regionale Programmkonferenzen, neue Mitglieder werben (jeder 1)

Tom Ross (KV HRO): Kosten der Studie (60-80 T)

Klaus-Dieter Feige: Ergebnisse nicht so neu, nicht überbewerten

Boris Engel: unterschiedliche Koalitionsabsichten erzeugen diffuses Bild

Carmen Lange (KV SN): Zweifel an Übertragbarkeit auf den Osten, wie begründet, Osten nicht so wichtig genommen, nicht 1-punkt-Partei akzeptieren

Marcus Krettek: bisherige Entwürfe zum Grundsatzprogramm eher westorientiert, pro Konzentration auf urgrüne Themen, auch Bürgerrechte

Ulrike: Beschränkung notwendig wegen geringer Ressourcen, Kompetenz z.B. AM-Politik darf zwar auch nicht fehlen, wird uns aber nicht entscheidend weiterbringen, Ostspezifik: 500 Ostdeutsche (bei 2500 Befragten insgesamt) befragt, davon 15 grüne Anhänger, repräsentative Umfrage für den Osten müsste neu gemacht werden

Undine: Beschränkung heißt, welche Themen werden nach außen propagiert, andere werden auch behandelt, Ost-LV beteiligen sich zu wenig an Programmentwicklung

Jörg: Einbringung des Antrages WK1: optimistisch in den Wahlkampf gehen, Wahlkampf soll Wähler gewinnen, Argumente liefern, warum Grüne gewählt werden sollen.

**Verfahrensvorschlag** Johann-Georg Jaeger:

Trendabstimmung, ob Schwerpunktsetzung, Schwerpunkte einzeln abstimmen, evtl. weitere Schwerpunktanschläge anhängen

Verfahrensdebatte: Marcus Krettek (Debatte zuerst), Klaus-Dieter Feige (LDK f. Programm zuständig), Jürgen Suhr (Debatte zuerst)

**Antrag zur Geschäftsordnung** von Ulrike: Debatte beginnen, nicht über Verfahren debattieren

**Beschluss:** mehrheitlich pro.

**Debatte:**

Tobias(pro) , KDF(pro),

Boris (Programme nicht ständig neu diskutieren),

Ulrike (vorherige Wahlkämpfe: 94 keine Schwerpunkte, aber per Personen schwerpunktmäßig bürgerrechtlich besetzt, 98 Schwerpunktsetzung nicht durchgehalten, offene Listen bislang in jedem Wahlkampf beschlossen),

Heinz Keuer (in KV eigene Akzente durch Kandidaten setzen), Roswitha (wie soll Schwerpunktsetzung tatsächlich behandelt werden, eigene Leute informieren),

Andreas Katz (Schwerpunktsetzung in Programm, Materialien, Veranstaltungen),

Jürgen Suhr (eigene Schwerpunktsetzung kann durch Bundesthemen und akt. Themen im Land überlagert werden, andere Themen werden auch beachtet, Appell an KV/Mitglieder, sich daran zu orientieren),

Stefan Garmshausen (KV Müritz, pro),

Albert Wittneben (contra, weil Fehlentwicklungen Arbeitsplatzabbau in der Landwirtschaft, Abwanderung aus dem ländlichen Raum, Verödung fehlen, Politikverdrossenheit, neue WählerInnen bei den NichtwählerInnen gewinnen, Antrag wesentlich überarbeiten)

Marcus: Transport der Themen in die Öffentlichkeit, Verkauf, werden sie Themen der Bundesebene

Klaus-Dieter Feige: bitte Bauchladen vermeiden, das war der Fehler aller vergangenen Wahlkämpfe

Boris Engel: Rechtsradikalismus aus fehlender nationaler Identität im Sozialismus, Thema nicht hochstilisieren

**Trendabstimmung, ob Schwerpunkte:** einstimmig pro

**Trend Schwerpunkt Umwelt/Technologie**  
**einstimmig pro bei 1 Enthaltung**

## **Trend gesunde Ernährung pro bei 3 Enthaltungen**

## **Trend Demokratie pro bei 3 Enthaltungen**

Der Verfahrensvorschlag „Änderungsvorschlag vorstellen und gleich abstimmen“ wird akzeptiert.

Klaus-Dieter Feige: Änderungsvorschlag: Umbenennung des Thema 1: Umwelt *und Natur*

3:mehr:4, also abgelehnt

Thema 1: Den Begriff „Energiepolitik“ streichen

6:mehr:6, also abgelehnt

Thema2: letzten Satz streichen

übernommen

Thema 2: 1.Absatz ergänzen „Tierschutz“

mehrheitlich angenommen

Karin Buhren: Thema 3: 1.Satz „genießt“ ersetzen durch „hat“

übernommen

Klaus-Dieter Feige: Thema 3 letzten Satz streichen

übernommen

Roswitha Schroll: Thema 1: letzter Satz : sowohl als auch

mehrheitlich abgelehnt

Klaus-Dieter Feige: Thema 4 „offene Listen“ streichen

Gegenrede Ulrike: Besser Thema 4 abtrennen und getrennt beschließen

Jürgen Suhr: abtrennen und Meinungsbild erstellen

## **Abstimmung WK1: einstimmig pro**

**Trendabstimmung des abgetrennten Thema 4 als eigener Antrag** (offene Liste)  
**mehrheitlich pro** bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

## **6. Programmentwicklung**

Vorstellung der Informationsvorlage von Ulrike Seemann-Katz: nur Info keine Abstimmung  
Meilensteine, Schwerpunkte, Stichworte, Verantwortlichkeiten, noch Diskussionsbedarf

Jörg Sauskat: Hinweis: Grundsatzprogramm des Landesverbandes wird fallen gelassen wegen geringer bzw. fehlender Beteiligung

## **7. Wahlen 2002 II (Kandidatenfindung/Strukturen)**

Ulrike: lt. Landeswahlordnung des Landesverbandes ist eine Mitgliederbefragung (behandelt wie Urabstimmung laut Satzung) zur Spitzenkandidatur erforderlich

**Antrag:** Trendabstimmung über Durchführung der Urabstimmung  
je nach Ergebnis Satzungsantrag des Landesvorstandes bei nächster LDK

Ulrich Söffker (KV HRO): Effekt für Mobilisierung in den KV (evtl. vereinfachtes Verfahren durchführen)

Johann-Georg Jaeger: Frage an Klaus, ob Internet-Abstimmung möglich

Klaus-Dieter Feige: Vorstellung der Kandidaten in den KV ist wirksamer

Tom Ross: Internet ist nicht jedem zugänglich

**Trendabstimmung:** mehrheitlich für eine Antrag auf Streichung aus der Landeswahlordnung unter Vorlage von Alternativen (bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen)

Jürgen Suhr: Landesvorstandsplanung von Strukturen im Wahlkampf (Das Landesvorstandspapier wird dem Protokoll beigelegt)

1. Events
2. personenbezogener Wahlkampf, auch in KV Leute mit regionaler Bekanntheit
3. LT- und BT-Wahlkampf mit Bundesverband abstimmen
4. Organisations- und Kreativ-Team auch mit Externen
5. Überlegung, Landesvorstand befristet zu erweitern
6. Schwerpunktsetzung in aktiven KV
7. Internet nutzen

Ziel: 50000 Stimmen

Undine: mögliche KandidatInnen frühzeitig einbinden

Der **Antrag** von Klaus-Dieter Feige, die 10 Thesen von Jürgen Suhr an die KVe verweisen findet mit 9:9 Stimmen keine Mehrheit.

**8. Strategie Ost** (entfallen aus Zeitgründen)

**9. 10 Thesen** (entfallen aus Zeitgründen)

*Ende 16:39 Uhr*

Protokoll:                    Andreas Katz  
                                  Ulrike Seemann-Katz